

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:545724-2023:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Böblingen: Dienstleistungen in der Tragwerksplanung
2023/S 174-545724**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Böblingen

Postanschrift: Marktplatz 16

Ort: Böblingen

NUTS-Code: DE112 Böblingen

Postleitzahl: 71032

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Klotz und Dressel GmbH

E-Mail: kreis@klotzunddressel.de

Telefon: +49 711/18744-14

Fax: +49 711/18744-33

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.boeblingen.de

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E58531157>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E58531157>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Neubau Zentrum Murkenbach - Tragwerksplanung

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die Stadt Böblingen beabsichtigt den Neubau des Zentrums am Murkenbach.

Das Zentrum soll folgende Nutzungen beinhalten:

- 5-gruppige Kindertagesstätte mit Außenspielfläche
- zwei Spielgruppen für Kinder unter einem Jahr
- Stadtteiltreff

Das zu realisierende Flächenprogramm des Gebäudes stellt eine BGF-Fläche von rund 2.200 m² dar.

Das Gebäude ist als Holz-/Holz-Hybrid-Bau mit Fassadenbegrünung, intensiv begrüntem Dachgarten zur Erweiterung des Außenspielbereichs und extensiver Dachbegrünung vorgesehen.

Die Grobkostenschätzung des Gesamtprojekts beläuft sich aktuell auf ca. 8,6 Mio. € (brutto), davon entfallen ca. 4.330.000,- € brutto auf die Kostengruppe 300 und ca. 1.290.000,- € brutto auf die Kostengruppe 400.

Aktuell vorgesehener Projektablauf:

- Beginn der Planung direkt nach Beauftragung (voraussichtlich Januar 2024)
- 1. Quartal 2025 Baubeginn Rohbau
- 1. Quartal 2027 Inbetriebnahme Kita

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE112 Böblingen

Hauptort der Ausführung:

Böblingen

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI,

Leistungsphasen 1 - 6 + besondere Leistungen (Ingenieurtechnische Kontrolle, Erdbebennachweis)

Die Beauftragung der Leistungsphasen erfolgt stufenweise. Der Auftraggeber ist in seiner Entscheidung über eine Weiterbeauftragung frei; ein Anspruch auf Übertragung weiterer Leistungen besteht nicht.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektteam (Erfahrung und Qualifikation) / Gewichtung: 25 %

Qualitätskriterium - Name: Organisation, Projektabwicklung und Verfügbarkeit / Gewichtung: 10 %

Qualitätskriterium - Name: Projekteinschätzung / Gewichtung: 15 %

Qualitätskriterium - Name: Fragen des Auftraggebers zu Kosten, Termine, Qualitäten, Projektbearbeitung und fachspezifischen Themen / Gewichtung: 20 %

Preis - Gewichtung: 30 %

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 15/01/2024

Ende: 31/12/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Vertragslaufzeit abhängig von Projektverlauf

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1) Anzahl Beschäftigte:

Durchschnittliche Zahl der technischen Beschäftigten (m/w/d) in den letzten 3 Geschäftsjahren, Teilzeitbeschäftigte können entsprechend ihrer Teilzeit angerechnet werden (Bei Bewerbergemeinschaften: Summe der Beschäftigten)"

- mehr als 5 Beschäftigte: 150 Punkte,

- 3 - 5 Beschäftigte: 75 Punkte,

- weniger als 3 Beschäftigte: 0 Punkte.

2) Referenzen:

2.1) Referenz 1:

a) Holzbau oder Holz-Hybrid-Bau: 150 Punkte,

b) Fläche \geq 500 m² BGF: 150 Punkte,

c) Mindestens 2 Vollgeschosse: 100 Punkte,

d) Öffentlicher Auftraggeber gemäß § 99 GWB : 75 Punkte,

e) Erbrachte Leistungsphasen 1 - 6 gemäß HOAI : 100 Punkte.

Bei reduziertem Leistungsbild werden die maximal erreichbaren Punkte um die entsprechenden Leistungspunkte gemäß § 51 HOAI reduziert.

Die Leistungsphase 1 kann immer angerechnet werden, auch wenn diese nicht erbracht wurde.

2.2) Referenz 2:

a) Holzbau oder Holz-Hybrid-Bau: 250 Punkte,

b) Fläche \geq 500 m² BGF: 75 Punkte,

c) Mindestens 2 Vollgeschosse: 100 Punkte,

d) Erbrachte Leistungsphasen 1 - 6 gemäß HOAI: 100 Punkte,

Bei reduziertem Leistungsbild werden die maximal erreichbaren Punkte um die entsprechenden Leistungspunkte gemäß § 51 HOAI reduziert.

Die Leistungsphase 1 kann immer angerechnet werden, auch wenn diese nicht erbracht wurde.

.

Maximal erreichbare Punktzahl: 1.250 Punkte

.

Es werden die 3-5 punktbesten Bewerber zur Abgabe eines Angebots aufgefordert.

Bei Punktgleichheit wird gelost.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- § 44 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 6: Eigenerklärung, dass mindestens ein Inhaber oder Führungskraft des Unternehmens Mitglied der Ingenieurkammer ist oder eine entsprechende Qualifikation besitzt. (Mindestbedingung Dipl.-Ing. / Master Bauingenieur oder vergleichbares) (Ausschlusskriterium).

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- § 36 VgV und 47 VgV: Verpflichtungserklärung der vorgesehenen Nachunternehmer,
- § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV: Eigenerklärung, dass für das Unternehmen eine Berufshaftpflichtversicherung mit 1,5 Mio. EUR Deckungssumme für Personen- und 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden vorliegt bzw. dass die Deckungssummen im Auftragsfall entsprechend erhöht werden.

Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Jahres verursachten Schäden dürfen auf den zweifachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden. (Ausschlusskriterium).

- § 47 VgV: Eigenerklärung zur Eignungsleihe und entsprechende Verpflichtungserklärung (bei Bedarf).

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV: Durchschnittliche Zahl der technischen Beschäftigten (m/w) in den letzten 3 Geschäftsjahren.

(Bei Bewerbergemeinschaften: Summe der technischen Beschäftigten).

- § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV: 2 Referenzprojekte (Tragwerksplanung eines Hochbauprojekts):

Für jedes Referenzprojekt ist eine Darstellung mit mindestens folgenden Angaben abzugeben:

- Auftraggeber (mit Benennung des Ansprechpartners und Kontaktdaten),
- Leistungszeitraum,
- kurze Beschreibung des Projekts und der erbrachten Leistungen,
- Übersichtplan (ggfs. separat).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Neubau

Das Projekt muss mindestens in die Honorarzone II gemäß Anlage 14.2 HOAI eingeordnet sein.

Fertigstellung der Leistungen ab dem 01.01.2012 und vor Einreichungsfrist dieses Teilnehmeantrags

Für das Referenzprojekt müssen ≥ 60 Leistungspunkte gemäß § 51 HOAI erbracht worden sein

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

- § 123 und § 124 GWB: Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB bestehen (Ausschlusskriterium, bei den Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB entscheidet die Vergabestelle über den Ausschluss),

- § 6 Abs. 2 VgV: Eigenerklärung, dass keine Interessenskonflikte gemäß § 6 VgV bestehen (Ausschlusskriterium),

— § 73 Abs. 3 VgV: Eigenerklärung, dass die Durchführung der Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt (Ausschlusskriterium),

- Mindestlohn: Eigenerklärung, dass bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht (Ausschlusskriterium).

- Rechtsform von Bietergemeinschaften im Auftragsfall: Es gibt keine Vorgabe hinsichtlich der Rechtsform, erforderlich ist eine gesamtschuldnerische Haftung. Es sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft anzugeben, eines davon ist als bevollmächtigter Vertreter zu benennen.

- Russland-Sanktionen: Eigenerklärung, dass keine Gründe für eine Sanktionierung bestehen.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 09/10/2023

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

- Für die Bewerbung wurde ein Bewerbungsformular erarbeitet. Das Bewerbungsformular ist für die Bewerbung zwingend zu verwenden.

- Bewerbergemeinschaften sind zugelassen, die gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder wird im Auftragsfall gefordert.

- Eine Bewerbung in einer Bewerbergemeinschaft schließt eine zusätzliche Einzelbewerbung aus und umgekehrt. Eine Bewerbung als Einzelbewerber oder in einer Bewerbergemeinschaft schließt eine zusätzliche Bewerbung als Subunternehmer aus. Mehrfachbewerbungen als Subunternehmer bei unterschiedlichen Einzelbewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften sind zugelassen.

- Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbungen kurzfristig die Vorlage geeigneter Nachweise zu den Eigenerklärungen zu fordern.

- Die Nachforderung fehlender, unvollständiger oder fehlerhafter Unterlagen gemäß § 56 Abs. 3 VgV liegt im Ermessen der Vergabestelle.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg
Postanschrift: Regierungspräsidium Karlsruhe
Ort: Karlsruhe
Postleitzahl: 76247
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Fax: +49 7219263985
Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/abt1/ref15/seiten/default.aspx>

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 160 Einleitung, Antrag:

- 1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;
- 2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;
- 3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:
 - a) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt;
 - b) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
 - c) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
 - d) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

06/09/2023